



SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 1. März 2021

Der Kantonsrat hat ein Ersatzmitglied fürs Steuerrekursgericht gewählt ([KR-Nr. 290/2020](#)).

Der Kantonsrat hat ein Ersatzmitglied für das Obergericht gewählt ([KR-Nr. 15/2021](#)).

Der Kantonsrat hat ein Ersatzmitglied für das Obergericht gewählt ([KR-Nr. 16/2021](#)).

Der Kantonsrat hat der Fristverlängerung für einen Bericht des Regierungsrates zu einem Postulat der FDP ohne Gegenantrag zugestimmt ([5666](#)). Die FDP fordert mit Unterstützung von SP und CVP, dass am Handelsgericht eine zusätzliche Handelskammer errichtet werden soll. Da die Verhandlungssprache Englisch sein soll, braucht es eine Änderung der Zivilprozessordnung auf Bundesebene. Die Beratungen dazu sind noch nicht abgeschlossen.

Das Vorgehen bei der Sitzzuteilung bei Proporzwahlen im Kanton Zürich wird voraussichtlich geändert. Der Kantonsrat hat in erster Lesung einer geänderten parlamentarischen Initiative von Ruedi Lais (SP, Wallisellen) zugestimmt, mit der gefordert wird, dass die Wählerzahl einer Liste nicht auf die nächstgelegene ganze Zahl gerundet wird ([KR-Nr. 118/2018](#)). Das bisherige Vorgehen hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass einzelne Sitze an Parteien gingen, die mathematisch gesehen keinen Anspruch darauf hatten. Die zweite Lesung findet voraussichtlich in drei Wochen statt.

Zürcher Gemeinden sollen wegen der Corona-Pandemie weiterhin die Möglichkeit haben, über wichtige Geschäfts ausnahmsweise an der Urne statt an einer Gemeindeversammlung zu entscheiden. Der Kantonsrat hat der Verlängerung eines entsprechenden Gesetzes bis Ende Juni in erster Lesung mit 110 zu 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt ([5682](#)). Dagegen gewehrt haben sich hauptsächlich SVP-Kantonsrätinnen und -Kantonsräte. Die Massnahme sei ein unverhältnismässiger Eingriff in demokratische Rechte, argumentierten sie. Die zweite Lesung findet in den nächsten Wochen statt.

Der Kantonsrat hat mit 88 zu 78 Stimmen vom Regierungsrat einen ergänzenden Bericht zur Verwendung der Integrationspauschale des Bundes für vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge verlangt ([5559](#)).

Der Kantonsrat hat eine parlamentarische Initiative von Konrad Langhart (parteilos, Oberstammheim) mit 158 Stimmen zu einer Stimme bei 5 Enthaltungen abgelehnt, welche ein E-Voting-Moratorium bis zum 31. Dezember 2022 verlangte ([KR-Nr. 159/2018](#)).

Die Strafverfolgungsbehörden im Kanton Zürich sollen auch künftig bei Ehrverletzungsdelikten von den Antragsstellenden keine Kautions verlangen dürfen. Der Kantonsrat hat eine entsprechende parlamentarische Initiative von Claudio Schmid (SVP, Bülach) mit 163 zu 0 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 149/2018](#)).

(sda)